



Universität St.Gallen

Möglichkeiten der Konjunktursteuerung: Grundsätzliche Überlegungen für die Schweiz

Gebhard Kirchgässner

April 2010 Discussion Paper no. 2010-13

Editor: Martina Flockerzi
University of St. Gallen
Department of Economics
Varnbühlstrasse 19
CH-9000 St. Gallen
Phone +41 71 224 23 25
Fax +41 71 224 31 35
Email vwaabtass@unisg.ch

Publisher: Department of Economics
University of St. Gallen
Varnbühlstrasse 19
CH-9000 St. Gallen
Phone +41 71 224 23 25
Fax +41 71 224 31 35

Electronic Publication: <http://www.vwa.unisg.ch>

Möglichkeiten der Konjunktursteuerung: Grundsätzliche Überlegungen für die Schweiz¹

Gebhard Kirchgässner²

Author's address: Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner
SIAW-HSG
Bodanstrasse 8
CH-9000 St.Gallen
Phone +41 71 224 23 40
Fax +41 71 224 22 98
Email gebhard.kirchgaessner@unisg.ch
Website www.siaw.unisg.ch

¹ Vortrag im Rahmen des ch Regierungsseminars, Interlaken, 7. Januar 2010. Überarbeitete schriftliche Fassung, 22. April 2010. Erscheint in: Aussenwirtschaft 65 (2010).

² Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung, Leopoldina und CESifo

Abstract

First, the challenges of the financial and economic crisis for macroeconomic theory are addressed. Then, the possibilities of Swiss fiscal policy to overcome this crisis or at least to mitigate its economic and social consequences are discussed. It is shown that these possibilities are rather limited, because in Switzerland the crisis is mainly one of the export industry. In this situation, the typical demand management instruments of fiscal policy are not effective. Thus, it is even more important that the Swiss government takes the long-run (growth) impact of its policy measures into account and that it engages itself in fighting protectionism and keeping international markets open.

Keywords

Financial and Economic Crisis, Macroeconomic Theory, Fiscal Policy, Protectionism.

JEL Classification

A10, H10.

1 Einleitung

[1] Die noch vor kurzem vorherrschenden Auffassungen darüber, inwieweit die Politik auf die Konjunktur einwirken soll und welche Möglichkeiten ihr dazu zur Verfügung stehen, sind in den vergangenen zweieinhalb Jahren seit Ausbruch der Finanzkrise erheblich in Frage gestellt worden. Vor dieser Krise ging man unter dem Stichwort der „great moderation“ zumindest teilweise davon aus, dass das Problem der konjunkturellen Schwankungen im Wesentlichen der Vergangenheit angehöre und sich – eine solide Geldpolitik vorausgesetzt – diskretionäre fiskalpolitische Massnahmen weitgehend erübrigten. Tatsächlich hatte ja die Varianz der Fluktuationen sowohl bezüglich der realen Wachstumsraten als auch bezüglich der Inflationsraten deutlich abgenommen.¹⁾ Dieser Beurteilung schloss sich z.B. auch die KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN im Jahr 2007 in ihrem letzten Jahresbericht an, auch wenn sie bei weitem nicht so optimistisch war wie viele andere und darauf hingewiesen hat, dass Extrapolationen dieser Entwicklung problematisch sein könnten.²⁾

[2] Letzteres hat sich bereits im Jahr nach der Verabschiedung dieses Berichts bestätigt. Der massive konjunkturelle Einbruch, welcher auf die Finanzkrise folgte, hat die Regierungen gezwungen, Konjunkturprogramme aufzulegen, die in vielen Ländern weit über das hinausgingen, was man davor äusserstenfalls für vertretbar gehalten hatte. Diese Programme hatten, soweit man dies bisher beurteilen kann, sehr wohl Erfolg, indem die Krise nicht jene Ausmasse angenommen hat, die ursprünglich befürchtet wurden. Insbesondere die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten ist bisher sehr viel glimpflicher verlaufen, als noch im Frühjahr 2009 angenommen wurde, auch wenn uns der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, der vermutlich in diesem Jahr erreicht werden dürfte, noch bevorsteht. Was die langfristigen Auswirkungen der mit den ergriffenen Massnahmen einhergehenden massiven zusätzlichen Verschuldung vieler Staaten angeht, ist das letzte Wort freilich noch nicht gesprochen. Die Bewältigung der Folgen der Krisenbewältigung steht noch aus.

[3] Die vor allem auch in diesem Ausmass von kaum jemandem erwartete Wirtschaftskrise hat auch zu einer Vertrauenskrise gegenüber den Wirtschaftswissenschaften geführt, insbesondere gegenüber der Finanzmarkttheorie, deren Modelle zur Risikobewertung in der Finanzkrise offensichtlich versagt haben, aber auch gegenüber der makroökonomischen Theorie.³⁾ Tatsächlich muss man feststellen, dass nicht nur das Ausmass einer solchen Krise in den Vorstellungen vieler führender Makroökonomen nicht vorkam, sondern dass auch die Instrumente, die zur Bewältigung der Krise eingesetzt wurden, aus dem alten Instrumentenkasten

1. Siehe hierzu unter Verweis auf O. BLANCHARD und J. SIMON (2001) B. BERNANKE (2004) sowie J. GALÍ und L. GAMBETTA (2009). In G. KIRCHGÄSSNER (2009a) wird das Gleiche für Deutschland im Vergleich der Regierungszeit von GERHARD SCHRÖDER mit jener von HELMUT KOHL festgestellt.

2. Siehe hierzu KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2007, S. 89).

3. Siehe hierzu z.B. B. EICHENGREEN (2008), D. ACEMOGLU (2009), R.J. GORDON (2009) sowie G. KIRCHGÄSSNER (2009). Für M. WICKENS (2009) liegt das Versagen freilich nicht an der herrschenden makroökonomischen Theorie, sondern an ihrer falschen Interpretation, indem ihre Annahmen zu wörtlich genommen wurden und ihre Anwendungsbedingungen nicht korrekt begriffen wurden. Nach dieser Auffassung, die freilich auch unter den Ökonomen nur von einer Minderheit geteilt wird, scheint sich alles eher um ein ‘Missverständnis’ zu handeln, freilich eines mit katastrophalen Konsequenzen.

traditioneller keynesianischer Politik stammen, die viele schon in der Mottenkiste sahen.⁴⁾ Wieder einmal, wie z.B. bei der deutschen Vereinigung im Jahr 1990, schien die Wissenschaft von einer politischen Entwicklung völlig überrascht zu sein und eher hilflos zu reagieren, während die Politik tatkräftig voranschritt und die Krise meisterte.

[4] Bei genauerem Hinsehen ergibt sich freilich ein etwas differenzierteres Bild. So waren es nicht nur in der Schweiz, sondern z.B. auch in Deutschland Ökonomen, welche im Hintergrund die entsprechenden Massnahmen vorbereitet haben (und damit wesentlich dazu beigetragen haben, die Krise zu meistern). Offensichtlich ist ökonomischer Sachverstand nach wie vor gefragt. Auch gilt, dass wir aus der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren gelernt haben; andernfalls hätte die heutige Krise wohl bedrohlichere Ausmasse angenommen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Krise in den aktuellen Lehrbüchern der Makroökonomik so nicht vorgesehen war und auch nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 bis zum Zusammenbruch von Lehman Brothers in diesem Ausmass von fast keinem Ökonomen erwartet wurde.

[5] Dies erfordert offensichtlich eine zumindest teilweise Neuorientierung der Wirtschaftswissenschaften, die trivialerweise heute noch nicht abgeschlossen sein kann. Im Rahmen dieser Neuorientierung wird es auch darauf ankommen, die Rolle des Staates neu zu bestimmen. Seit den achtziger Jahren erlebten wir eine Periode der Zurückdrängung des Staates im Zuge zahlreicher Deregulierungen und Privatisierungen, und manche Ökonomen träumten gar vom allmählichen Absterben des Staates.⁵⁾ Die Krise hat jedoch gezeigt, wie notwendig der Staat nicht nur bei der Rahmensetzung für die Marktvorgänge, sondern auch zur Bekämpfung krisenhafter Entwicklungen ist. Das Ausmass der derzeitigen Interventionen, so notwendig es auch gewesen sein mag, ist andererseits langfristig nicht nachhaltig.⁶⁾ Der Staat wird sich wieder zurücknehmen müssen, und erste Bewegungen in dieser Richtung sind erkennbar. Noch aber ist offen, wie weit dies gehen soll und wird, d.h. was in Zukunft die Rolle des Staates sein kann und soll.

2 Die Herausforderung der Makroökonomischen Theorie durch die Krise

[6] Die Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen in den Konjunkturverlauf, welche die in den letzten Jahrzehnten dominierende makroökonomische Theorie kennzeichnet, ging vor allem von der – durchaus richtigen – Auffassung aus, dass der Staat im Allgemeinen nicht in

4. Dementsprechend vertreten Autoren wie z.B. R.J. GORDON (2009) auch die Auffassung, dass die traditionelle makroökonomische Theorie der siebziger Jahre die derzeitige Entwicklung besser erklären kann als die herrschende Lehre der letzten drei Jahrzehnte. – Zur Konjunkturpolitik in der derzeitigen Krise siehe auch A. SPILIMBERGO, S. SYMANSKY, O. BLANCHARD und C. COTTARELLI (2008) sowie G. COENEN et al. (2010).

5. Siehe z.B. D. FRIEDMAN (1996) sowie, noch extremer, H.-H. HOPPE (2001), der die Auffassung vertritt, die Funktionen des Staates könnten letztlich alle durch private Versicherungsgesellschaften wahrgenommen werden (S. 267ff.). Ähnlich, aber bei Weitem nicht so extrem argumentiert A. SHLEIFER (1998). Die Gegenposition vertritt prominenter H.-W. SINN (1997, 2002) mit seinem Selektionsprinzip, der argumentiert, dass die staatlichen Leistungen weitgehend als Versicherungen interpretiert werden können, die jedoch von privaten Versicherungen aus systematischen Gründen nicht angeboten werden.

6. Zu den Konjunkturpaketen der verschiedenen Länder siehe z.B. H.-W. SINN (2009, S. 230ff.).

der Lage ist, die zukünftige Entwicklung besser zu beurteilen, als dies die privaten Wirtschaftssubjekte können.⁷⁾ Reagiert der Staat mit Programmen in einer für letztere vorhersehbaren Weise und haben beide die gleiche Information über die zukünftige Entwicklung, antizipieren die privaten Wirtschaftssubjekte die staatlichen Massnahmen; diese bleiben daher weitgehend wirkungslos. Nur überraschende Eingriffe können in diesem Konzept reale Wirkungen entfalten; sie sind aber nicht unbedingt positiv und in jedem Fall nicht nachhaltig.⁸⁾ Tatsächlich zeigt z.B. die Entwicklung der neunziger Jahre in der Schweiz, dass von den beiden damals durchgeführten Konjunkturprogrammen nur sehr geringe positive Wirkungen ausgingen.⁹⁾ Insofern war die Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen in den Konjunkturverlauf durchaus berechtigt, und es war auch sinnvoll, dass der Bundesrat zu Beginn dieses Jahrzehnts, als wir uns mit einer Wachstumsschwäche konfrontiert sahen, mit seiner Politik vor allem versuchte, die Wachstumsbedingungen der Schweiz zu verbessern.¹⁰⁾

[7] Für die Geldpolitik galt dabei, dass eine falsche (zu restriktive) Geldpolitik negative Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung haben kann, dass es aber kaum möglich ist, durch eine expansive Politik zusätzliche Beschäftigung zu erzielen; vielmehr ist damit zu rechnen, dass sie zu zusätzlicher Inflation führt. So hat die restriktive Geldpolitik der Nationalbank in den neunziger Jahren nach (heute) allgemeiner Auffassung die damalige Krise weiter verschärft.¹¹⁾ Die neue, vor zehn Jahren eingeführte Strategie der Nationalbank vermeidet dies und hat sich insofern (zumindest bisher) bewährt.¹²⁾

[8] Die derzeitige Krise hat jedoch insbesondere in ihrem Ausmass nicht nur die Regierungen (bzw. jene Institutionen, die sich in öffentlichem Auftrag mit der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung befassen), sondern auch die privaten Wirtschaftssubjekte völlig überrascht. Das Modell, welches davon ausgeht, dass diese die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen korrekt antizipieren und sich darauf einstellen, galt hier nicht mehr; es waren massive nicht-erwartete negative Ausschläge, denen sich viele Firmen gegenüber sahen. In einer solchen Situation kann der Staat im Prinzip dann, wenn er schnell und umfassend interveniert, durch sein Eingreifen die Situation zumindest partiell entschärfen, so wie dies auch tatsächlich erfolgt ist. Insofern haben wir heute tatsächlich eine andere Situation als noch in den neunziger Jahren, und dem Staat stehen dabei prinzipiell auch mehr Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Dass sie teilweise auch zu wenig sinnvollen Massnahmen genutzt wurden, tut dem keinen Abbruch.

7. Zur Entwicklung der Konjunkturtheorie siehe KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2007, S. 74ff.). Zur bis vor kurzem sehr optimistischen Einschätzung der Entwicklung dieser Theorie siehe auch M. WOODFORD (2009).

8. W.H. BUITER bezeichnete diese Art makroökonomischer Theorie daher bereits im Jahr 1980 als „Makroökonomie der Dr. Pangloss“.

9. Zur Evaluation der Konjunkturprogramme in den neunziger Jahren in der Schweiz siehe STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (2001) sowie E. ATUKEREN, C. HENNING-SCHLAG und P. VOCCIA (2001).

10. Zur begrenzten Wirkung fiskalpolitischer Massnahmen selbst bei internationaler Koordination siehe auch W.H. BUITER (2009).

11. Siehe hierzu auch KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2007, S. 69).

12. Zur neuen Strategie der Nationalbank siehe z.B. TH.J. JORDAN et al. (2010).

[9] Dies gilt für die Fiskal- wie für die Geldpolitik. Für letztere ergab sich (neben anderen Massnahmen) die Notwendigkeit einer massiven Ausweitung der Liquidität, da der Interbankenmarkt zusammen gebrochen war, eine Entwicklung, die in den Lehrbüchern ebenfalls nicht vorgesehen war.¹³⁾ Damit ist eine nicht unerhebliche Inflationsgefahr verbunden. Es wird daher wichtig sein, dass die Zentralbanken im Laufe der Erholung dieses Marktes die dann überschüssige Liquidität schnell genug wieder abschöpfen, was ein Ende der Niedrigzinsphase bedeuten wird. Dies ist freilich keine triviale Aufgabe; die Zentralbanken stehen hier vielmehr vor einem Dilemma: eine zu frühe Erhöhung der Zinsen könnte den gerade begonnenen Aufschwung abwürgen,¹⁴⁾ während eine zu späte Rückkehr zu normal hohen Zinsen nicht nur ein Wiederaufflackern der Inflation mit sich bringen sondern im schlimmsten Fall die Einleitung einer neuen Blase befördern könnte.

3 Möglichkeiten der Fiskalpolitik

[10] Der Fiskalpolitik stehen im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung: zusätzliche Staatsausgaben und Steuersenkungen. Für sämtliche Massnahmen gilt freilich, dass sie, wenn sie sinnvoll sein sollen, zum einen rechtzeitig wirken müssen („timely“), zweitens zielgerichtet sein sollten („targeted“), und drittens keine (unbeabsichtigten) langfristigen Belastungen der öffentlichen Haushalte bewirken sollten („temporary“).¹⁵⁾ Berücksichtigt man diese Kriterien, dann zeigt sich, dass in der Schweiz auch in der Situation dieser Krise der Spielraum für wirksame Massnahmen sehr begrenzt ist.¹⁶⁾

[11] Die gegenwärtige Krise stellt sich in der Schweiz vor allem als Krise (bestimmter Teile) der Exportwirtschaft dar: Insbesondere in der Maschinenindustrie sahen sich die Betriebe mit massiven Kürzungen der Auslandsnachfrage konfrontiert, was für viele Betriebe immer noch gilt.¹⁷⁾ Dagegen ist der Staat machtlos, da sich seine Nachfrage kaum auf Erzeugnisse dieser Wirtschaftszweige bezieht und da das Gleiche auch für die private Inlandsnachfrage gilt. Der Staat kann lediglich versuchen, die Situation z.B. durch Kurzarbeitergeld abzufedern, was ja auch (nicht nur) in der Schweiz getan wurde. Diese Massnahme ist als Überbrückung sinnvoll, da sie den Unternehmen ermöglicht, in der Krise ihre Belegschaft zu halten und beim Beginn des Aufschwungs wieder voll einzusteigen. Sie hat mit dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in dieser Krise nicht nur in der Schweiz deutlich weniger anstieg, als ursprünglich befürchtet wurde.¹⁸⁾ Sie ändert jedoch nichts an den zugrundeliegenden Ursachen

13. Zur Geldpolitik in und nach der Krise siehe z.B. M. TESFAELASSIE (2009), speziell zur Situation der Schweiz TH.J. JORDAN (2009).

14. So warnt z.B. J.E. STIGLITZ (2010) vor einem zu schnellen Abgehen von der Defizitpolitik.

15. Die Begriffsbildung “timely, targeted, temporary” geht wohl auf L. SUMMERS zurück (Why America Must Have a Fiscal Stimulus, *Financial Times*, 6. Januar 2008), möglicherweise aber auch auf D.W. ELMENDORF und J. FURMAN (2008).

16. Zu den Möglichkeiten der Schweiz siehe auch BUNDESRAT (2009).

17. Zum Verlauf der Wirtschaftskrise in der Schweiz siehe z.B. die Konjunkturanalyse in *KOF Analysen*, Herbst 2009, S. 47ff., sowie OECD (2009a, S. 19ff.).

18. Basierend auf den Daten bis Mitte Juni 2009 prognostizierte das Staatssekretariat für Wirtschaft für das Jahr 2010 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 5.2 Prozent. Basierend auf den Daten bis Mitte

der Krise. Dies aber bedeutet, dass es im Grunde keine zielführende Massnahme gibt, mit welcher die schweizerische Regierung gegen diese Ursachen angehen könnte.

[12] Etwas besser sähe es dann aus, wenn es sich um eine Schwäche der privaten Inlandsnachfrage handelte. Hier könnte man versuchen, durch Steuersenkungen entgegen zu wirken. Wegen der unterschiedlichen Konsumquoten böte sich hier vor allem die Mehrwertsteuer an. Mit einer zeitweiligen Senkung ergäbe sich jedoch insbesondere bei den Unternehmen ein erheblicher administrativer Aufwand, der kaum zu rechtfertigen wäre. Zudem würde ein wesentlicher Teil des Effekts dadurch verpuffen, dass mit dem zusätzlichen verfügbaren Einkommen Güter aus dem Ausland erworben werden, falls dieses nicht sowieso gespart wird. Ausserdem stellt sich die Frage, ob solche Steuersenkungen angesichts der Verzögerungen, die sich bei einem solchen Prozess ergeben, zeitlich so eingesetzt werden könnten, dass sie (noch) in der Krise wirksam werden. Eine signifikante dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer, für die alle übrigen Einwände auch gelten, dürfte zudem von den Einnahmeausfällen her kaum verkraftbar sein.

[13] Abgesehen vom administrativen Aufwand gelten die gleichen Argumente auch für Senkungen der persönlichen Einkommensteuern, wobei hier (bei gleichem Volumen) wegen der unterschiedlichen Konsumquoten der zu erwartende stabilisierende Effekt noch geringer wäre. Senkungen bei den Unternehmenssteuern schliesslich können zwar dem Wachstum förderlich sein (und je nach Situation auch damit gerechtfertigt werden), sie haben jedoch kaum eine konjunkturelle Wirkung und sind damit kein geeignetes Mittel zur Stabilisierung der Konjunktur. Da überdies die private Nachfrage derzeit nicht das Problem darstellt, stellen Steuersenkungen nicht nur im Allgemeinen, sondern insbesondere auch in der heutigen Krise kein zielführendes Instrument zu deren Bewältigung dar.

[14] Am meisten Wirkung können fiskalische Massnahmen dann entfalten, wenn die Bauinvestitionen einbrechen. Für den Tiefbau bedeutet dies freilich, dass der Staat selbst für den Einbruch verantwortlich ist. Insofern kann er trivialerweise eine solche Krise auch selbst beheben. Schwieriger wird es, wenn im Hochbau eine Krise herrscht. Hier kann der Staat bedingt eingreifen, indem er selbst Bauaufträge erteilt. Unter der Annahme, dass die Aufträge schnell genug erteilt werden können, was nicht nur wegen der politischen Entscheidungsprozesse, sondern vor allem wegen der Einspruchsmöglichkeiten gegen öffentliche Bauvorhaben häufig fraglich ist, ist hier wohl der wirksamste Ansatzpunkt für ein Eingreifen des Staates zur Belebung der Konjunktur. In der derzeitigen Situation hilft dies freilich wenig, da die Baukonjunktur zwar nicht mehr so angespannt ist wie noch im Jahr 2006, aber von einer Krise der Baukonjunktur derzeit keine Rede sein kann. So haben nicht nur die gesamten Bauinvestitionen sowohl im Jahr 2008 als auch im Jahr 2009 leicht zugenommen, sondern dank eines massiven Anstiegs im letzten Quartal hat auch die Zahl der baubewilligten Wohnungen im Jahr 2009 einen historischen Höchststand erreicht.¹⁹⁾ Dies dürfte auch damit zusammen-

März 2010 wird heute nur noch eine Arbeitslosenquote von 4.3 Prozent erwartet. Siehe hierzu STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT, Konjunkturtendenzen Sommer 2009, S. 27, Konjunkturtendenzen Frühjahr 2010, S. 29. (<http://www.seco.admin.ch/dokumentation/publikation/00007/00021/02387/index.html?lang=de> bzw. <http://www.seco.admin.ch/dokumentation/publikation/00007/04088/index.html?lang=de> (09/04/10)).

19. Siehe hierzu *KOF Analysen*, Frühjahr 2010, S. 40ff.

hängen, dass der private Wohnungsbau derzeit in erheblichem Umfang von den historisch niedrigen Zinsen profitiert.

[15] Man könnte jetzt auf die Idee verfallen, dennoch in erheblichem Umfang zusätzliche öffentliche Bauinvestitionen in die Wege zu leiten, um auf diesem Weg der steigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz in der Exportindustrie verlieren, sind aber kaum qualifiziert und in der Lage, in der Bauwirtschaft tätig zu sein. Eine solche Massnahme würde an der Situation der Arbeitslosigkeit kaum etwas ändern, könnte aber neben der zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte zu einem erheblichen Preisanstieg im Baugewerbe führen, weshalb sogar fraglich ist, ob damit die Bauinvestitionen tatsächlich signifikant ausgeweitet würden.

[16] Zeiten einer Wirtschaftskrise, in denen der Staat herausgefordert ist, sind immer auch Zeiten, in denen Interessengruppen ihre Chancen wittern, Anliegen durchzusetzen, für die sie sonst kaum Chancen im politischen Prozess hätten. Schliesslich muss der Staat in solchen Situationen ja Geld in die Hand nehmen, und warum sollte dies nicht den eigenen Interessen zugute kommen?²⁰⁾ So wurden z.B. in Deutschland erhebliche Subventionen in Aussicht gestellt, um Opel zu retten. Die Probleme des Mutterkonzerns General Motors, wozu Opel noch immer gehört, haben mit der Wirtschaftskrise jedoch nichts zu tun, und diese Subventionen werden auch nicht dazu beitragen die in Europa bestehenden Überkapazitäten in der Automobilbranche zu bereinigen. Zudem wurde in Deutschland eine Abwrackprämie für Autos eingeführt: Wer ein neues Auto kaufte und gleichzeitig sein mindestens neun Jahre altes Auto verschrotten liess, konnte eine Subvention von 2'500 Euro erhalten. 2 Millionen Autokäufer konnten davon profitieren; die dazu erforderlichen 5 Milliarden Euro müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden.²¹⁾

[17] Auch wenn mit Umweltargumenten für diese Massnahme geworben wurde, macht sie selbst für Deutschland ökologisch gar keinen und ökonomisch fast keinen Sinn; sie dürfte freilich (genau wie die Subventionen, die Opel versprochen wurden,) einen wahltaktischen Hintergrund gehabt haben. Sie ist ökologisch unsinnig, weil die Umwelt in aller Regel durch die zusätzlich erforderliche Produktion mehr belastet als durch die erhoffte Einsparung im CO₂-Ausstoss entlastet wird.²²⁾ Und sie macht ökonomisch kaum Sinn, weil ein erheblicher Teil der Käufer ausländische Fahrzeuge wählte, weshalb die Steuermilliarden neben den deutschen Autohändlern vor allem den Importeuren und den ausländischen Produzenten und nur in geringerem Umfang den inländischen Kraftfahrzeugherstellern zugute kamen. Zudem wurden Käufe im Wesentlichen nur vorgezogen; erwartungsgemäss ist der Absatz neuer PKWs nach Auslaufen der Abwrackprämie auch massiv eingebrochen, so dass die deutsche Auto-

20. Siehe hierzu auch R.D. CONGLETON (2009).

21. Siehe hierzu z.B. E. ENDRES, Keine neue Abwrackprämie, *ZEIT-Online* vom 24. August 2009. (<http://www.zeit.de/online/2009/35/abwrackpraemie-jahreswagen> (09/04/10).)

22. Zu deutschen Abwrackprämie siehe z.B. H.-W. SINN, Abenteuerliche Wegwerflogik, *Wirtschaftswoche* Nr. 6 vom 2. Februar 2009, S. 48. (<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/unsinnige-abwrackpraemie-385672/> (09/04/10).)

mobilindustrie jetzt nur noch auf das Auslandsgeschäft hoffen kann.²³⁾ Doch selbst für die Schweiz wurde im Nationalrat eine solche Abwrackprämie gefordert, auch wenn hier gar keine Kraftfahrzeuge mehr produziert werden.²⁴⁾ Als Begründung musste der Verweis auf die ca. 30'000 Arbeitsplätze in der Autozuliefererindustrie herhalten. Erfreulicherweise fand diese Forderung keine Unterstützung. Wann immer entsprechende Vorschläge unterbreitet werden, sollte insbesondere dann, wenn – wie fast immer in solchen Fällen – die konjunkturelle Wirkung fraglich ist, untersucht werden, ob sich die geforderte Massnahme auch unabhängig davon rechtfertigen lässt. Ist dies nicht der Fall, sollte davon Abstand genommen werden.²⁵⁾

[18] Wie gross der Handlungsspielraum einer sinnvollen, wirksamen Fiskalpolitik in einer Wirtschaftskrise tatsächlich ist, hängt damit sehr von den jeweiligen Gegebenheiten des einzelnen Landes ab. Erstens gilt, dass in einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz diese Möglichkeiten sehr viel begrenzter sind als in einem ‚grossen Land‘. Zweitens gilt, dass der Staat im Wesentlichen nur dann eingreifen kann, wenn die Krise von einer Schwäche der Inlandsnachfrage ausgeht. Bezüglich dieser beiden Argumente hat sich seit der Zeit vor der Krise nichts geändert; beide gelten für die Schweiz nach wie vor, und sie begrenzen den Spielraum sinnvoller Massnahmen weitgehend.

[19] Damit sind freilich nur die diskretionären Handlungsmöglichkeiten, angesprochen. Daneben sind auch die automatischen Stabilisatoren zu berücksichtigen, die gerade auch für die Schweiz sehr viel bedeutender sind (bzw. in der Krise waren) als die diskretionären Massnahmen.²⁶⁾ Hierzu gehören insbesondere die Arbeitslosenversicherung (einschliesslich der Sozialhilfe), aber auch die progressive Besteuerung.²⁷⁾ Erstere stellt sicher, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann, wenn sie ihre Stelle verlieren, nicht auch ihr gesamtes Einkommen verlieren, sondern zumindest am Anfang nur einen vergleichsweise geringen Teil, sodass auch ihre Nachfrage nur begrenzt zurückgeht, was die Entstehung zusätzlicher Arbeitslosigkeit zumindest einschränkt. Die progressive Besteuerung hat die Wirkung, dass den Bürgerinnen und Bürgern dann, wenn ihr Einkommen sinkt, ein relativ grösserer Teil verfügbar bleibt, was ebenfalls die Wirkung hat, dass die private Nachfrage nicht in gleichem Umfang zurückgeht. Auch das Kurzarbeitergeld kann als ein solcher automatischer Stabilisator verstanden werden.

23. Siehe hierzu z.B. Deutsche Autobauer tanken im Ausland Kraft, *ZEIT-Online* vom 6. April 2010. (<http://www.zeit.de/newsticker/2010/4/6/iptc-bdt-20100406-201-24426974xml> (09/04/10).)

24. Siehe hierzu: Auto-Schweiz will Verschrottungsprämie, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 36 vom 13. Februar 2009, S. 61, sowie: Keine Verschrottungsprämie, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 111 vom 15. Mai 2009, S. 14.

25. So enthält das im Frühjahr 2009 beschlossene zweite Konjunkturprogramm des Bundes eine ganze Reihe von Massnahmen, deren konjunkturelle Wirkung (zumindest in dem in der Botschaft angegebenen Umfang) durchaus hinterfragt werden kann, die aber für sich betrachtet zumindest nicht unsinnig sind. Siehe zu diesem Programm BUNDESRAT (2009a).

26. Dies gilt zumindest gemäss den von der zu Beginn des Jahres 2009 für die Periode 2008 bis 2010 erwarteten Massnahmen. Siehe hierzu OECD (2009, S. 108). Zudem gilt, dass die Wirkung der ausländischen Programme auf die Schweiz deutlich stärker war als jene der eigenen Programme. Siehe hierzu die Simulationen in A. FRICK, M. GRAFF, J. HARTWIG und B. SILVERSTOVS (2010).

27. Zur Rolle der automatischen Stabilisatoren, die insbesondere in Nord- und Zentraleuropa sehr viel stärker ausgeprägt sind als in den Vereinigten Staaten, siehe auch M. DOLLS, C. FUEST und A. PEICHL (2009).

[20] Diese automatischen Stabilisatoren können ihre Wirkung jedoch nur dann entfalten, wenn der Staat bereit ist, in einer solchen Situation Defizite zuzulassen, die freilich mittelfristig wieder ausgeglichen werden sollten. Diese Stabilisatoren bewirken, dass die Staatsausgaben steigen, während gleichzeitig die (Steuer-)Einnahmen zurückgehen. Würde der Staat in einer solchen Situation die Ausgaben zurückfahren, um nach wie vor einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, würde dies den privaten Wirtschaftssubjekten jenes Geld wieder entziehen, welches er ihnen z.B. über die Arbeitslosenversicherung zukommen lässt, und damit die Krise verschärfen bzw. den Effekt der automatischen Stabilisatoren wieder aufheben. Damit wäre nichts gewonnen. Daher sollte er in dieser Situation insbesondere seine Investitionstätigkeit im geplanten Umfang durchführen und Personalabbau tunlichst vermeiden. Nicht umsonst ist ja z.B. in die Schuldenbremse des Bundes eine konjunkturelle Komponente eingebaut, die in einer Rezession, wie wir sie derzeit erleben, ein (beschränktes) Defizit erlaubt.

[21] Wie die internationale Erfahrung zeigt, besteht bei einer solchen Politik die Gefahr, dass in der Rezession zwar Defizite gemacht werden, diese aber im anschliessenden Aufschwung nicht mehr ausgeglichen werden, was zu einer steigenden Staatsschuld führt. Es ist für Politiker immer einfacher und in aller Regel auch populärer, in einer Krise durch Defizitbildung Geld auszugeben als in einer guten konjunkturellen Situation bei vorhandenem Geld Schulden abzubauen. Tatsächlich sind ja infolge des Übergangs vom Prinzip des ausgeglichenen Haushalts zur antizyklischen Fiskalpolitik keynesianische Prägung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhundert die Staatsschulden in den meisten Ländern massiv angestiegen; die Schweiz erlebte diesen Anstieg in den neunziger Jahren.²⁸⁾ Es bedarf daher besonderer (institutioneller) Vorkehrungen, um ein langfristiges Ansteigen der Staatsschuld als Folge antizyklischer Finanzpolitik zu verhindern. In der Schweiz geschah dies auf Bundesebene durch die Einführung einer vergleichsweise restriktiven Schuldenbremse, die vom Volk im Jahr 2001 gutgeheissen und im Jahr 2007 definitiv zur Anwendung kam. Dem schweizerischen Vorbild folgend hat Deutschland durch eine Verfassungsänderung im Jahr 2009 ähnliche Institutionen sowohl für den Bund als auch für die Bundesländer eingerichtet.²⁹⁾

[22] Verglichen mit dem Bund ist die Situation der Kantone noch viel schwieriger. Was auch immer sie an Massnahmen zur Konjunkturankurbelung vorsehen, es wird (neben dem Ausland) vor allem anderen Kantonen zugute kommen. Eine diskretionäre antizyklische Fiskalpolitik ist daher von ihnen nicht nur nicht zu erwarten, sondern auch kaum zu verlangen. Was man hingegen von ihnen verlangen kann (und auch sollte), ist, dass sie im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Solidarität ihre geplanten Ausgaben (und auch vorgesehene Steuersenkungen) wie geplant durchführen. In einer Rezession führt auch dies zu Defiziten. Es ist daher sinnvoll, wenn die Schuldenbremsen (wie z.B. im Kanton St. Gallen) vorsehen, dass bei Überschüssen zunächst Rücklagen gebildet werden müssen, bevor der Steuerfuss gesenkt werden darf. Dann können solche Defizite gebildet werden, ohne dass daraus eine langfristige Erhöhung der öffentlichen Schuld resultiert. Dies ermöglicht, dass in einem föderalen Staat

28. Siehe hierzu insbesondere J.M. BUCHANAN und R.E. WAGNER (1977, 1978).

29. Siehe hierzu z.B. E. MAYER und N. STÄHLER (2009). Es muss sich freilich erst erweisen, ob die in die deutschen Schuldenbremsen gesetzten Erwartungen erfüllt werden. Siehe hierzu auch F. GRÖTEKE und K. MAUSE (2009).

zumindest in begrenztem Umfang auch unterhalb der nationalen Ebene eine antizyklische Finanzpolitik betrieben wird, was sonst kaum möglich ist.³⁰⁾

4 Abschliessende Bemerkungen

[23] Auch wenn die Wirtschaftskrise einige der unter Ökonomen weit verbreiteten Überzeugungen ins Wanken gebracht hat und auch wenn in der heutigen aussergewöhnlichen Situation auch aussergewöhnliche Massnahmen erforderlich sind, heisst dies nicht, dass alle bisherigen Auffassungen über Bord zu werfen sind. Insbesondere gilt das, was wir über die Wirkung zu hoher öffentlicher Verschuldung bzw. über die Massnahmen, eine solche nicht entstehen zu lassen, wissen, weiterhin, auch wenn es Sinn macht, vorübergehend (etwas) grössere Defizite zuzulassen. Auch gilt nach wie vor, dass in einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz diskretionäre konjunkturpolitische Massnahmen nur sehr begrenzt und nur unter bestimmten Bedingungen wirksam sind, die bei weitem nicht immer gegeben sind. Damit aber gilt ebenfalls weiterhin, dass man solche Programme zwar nicht grundsätzlich ablehnen, aber kritisch hinterfragen sollte, bevor man sie beschliesst. Dies ist für Politiker, die aktiv sein wollen, zwar keine angenehme Situation, da ihnen neben der Abfederung der Entwicklung kaum etwas anderes übrig bleibt, als Ruhe zu bewahren und die unabhängig von der Krise geplanten Aktivitäten, insbesondere im Investitionsbereich, durchzuführen. Aber ein blinder Aktionismus, der ausser einem Anwachsen der öffentlichen Schuld kaum etwas bewirkt, hilft nicht wirklich.

[24] Dies bedeutet andererseits aber nicht, dass heute kein Handlungsbedarf besteht. Dieser aber besteht weniger im Bereich der Fiskalpolitik als in jenem der Banken- bzw. Finanzmarktregulierung. Dies gilt insbesondere auch für die Schweiz. Die Grossbanken haben gelernt, dass Tatsache ist, was früher immer bestritten wurde: dass sie zu gross sind, als dass der Staat sie fallen lassen könnte; er wird sie auch in Zukunft retten. Angesichts der Erfahrungen des Jahres 2008 wird es sich in Zukunft kaum ein Land mehr leisten können, systemrelevante Banken in Konkurs gehen zu lassen. Dies erlaubt diesen Banken, noch grössere Risiken als bisher einzugehen. Damit aber erhöht sich die Gefahr derartiger Krisen, wie wir sie derzeit erleben. Es wird darauf ankommen, (auch gegen den Widerstand der Grossbanken) Regulierungen zu finden, die sie veranlassen, die Risiken, welche sie eingehen, stärker als bisher zu berücksichtigen, bzw. die es ermöglichen, sie in Konkurs gehen zu lassen, ohne dass sich daraus entsprechende negative Rückwirkungen auf die übrige Wirtschaft ergeben.³¹⁾ Dabei wird es wichtig sein, dass diese Regulierungen zwar wirksam sind, aber die Handlungsfähigkeit der Banken nicht übermässig einschränken.

[25] Im Bereich der Fiskalpolitik sollte man auch heute, wo die konjunkturpolitischen Probleme fast alles zu überdecken scheinen, nicht vergessen, dass es längerfristig darauf ankommt, das Wachstum zu fördern, wobei dieses Wachstum überdies klimaverträglich sein sollte. Hau-

30. Zu den Schuldenbremsen auf Kantonsebene siehe z.B. L.P. FELD und G. KIRCHGÄSSNER (2008). Zur Problematik antizyklischer Finanzpolitik unterhalb der nationalen Ebene siehe z.B. R.A. MUSGRAVE, P.B. MUSGRAVE und L. KULLMER (1987, S. 21f.).

31. Siehe hierzu z.B. die Vorschläge von B. ZÜRCHER (2010).

Ruck-Aktionen sind nicht nachhaltig; sie bewirken bestenfalls ein kurzfristiges Strohfeuer, indem sie im Wesentlichen Nachfrage zeitlich verschieben. Sie führen aber zu zusätzlichen Staatsschulden, die langfristige Belastungen mit sich bringen. Wenn sie wie z.B. die deutsche Verschrottungsprämie dazu auch noch umweltschädlich sind, sind sie gänzlich unsinnig.

[26] Stark exportorientierte Länder wie die Schweiz sind überdies darauf angewiesen, dass der internationale Handel sich weiter entwickeln kann. Die Geschichte lehrt uns, dass schwere Wirtschaftskrisen dem Protektionismus Auftrieb geben. Dies würde die kleine Schweiz mit ihrer starken Aussenhandelsabhängigkeit sehr viel härter treffen als andere Länder. Glücklicherweise sieht es derzeit nicht danach aus, dass Länder harte protektionistische Massnahmen ergreifen. Infolge der WTO-Regeln und, was die EU-Mitgliedsländer betrifft, der starken Stellung des Europäischen Gerichtshofs ist die Gefahr des Aufflackerns eines harten Protektionismus auch gering. Dagegen gibt es durchaus Anzeichen für weichen Protektionismus, indem z.B. die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufgerufen werden, vorwiegend oder gar ausschliesslich im Inland produzierte Waren zu kaufen.³²⁾ Gerade die Schweiz sollte alles in ihrer Macht stehende dazu beitragen, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten wird.

Zusammenfassung

Die Arbeit geht zunächst auf die Herausforderungen der Makroökonomischen Theorie durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ein, bevor die finanzpolitischen Möglichkeiten der Schweiz diskutiert werden, mit denen dieser Krise bzw. ihren Auswirkungen begegnet werden kann. Es zeigt sich, dass die Möglichkeiten hierzu stark begrenzt sind, da es sich (neben der Bankenkrise) im Wesentlichen um eine Krise bestimmter Teile der Exportwirtschaft handelt, bezüglich derer die üblichen konjunkturpolitischen Instrumente, welche die Binnennachfrage stützen sollen, unwirksam sind. Umso wichtiger ist es, dass die Schweiz bei all ihren Massnahmen die längerfristigen Wachstumsaspekte in Rechnung stellt sowie dass sie sich dafür einsetzt, dass einem Aufflackern des Protektionismus vorgebeugt wird, damit der internationale Handel offen bleibt.

32. Siehe hierzu R. BALDWIN und S. EVENETT (2008, 2009).

Literaturangaben

- D. ACEMOGLU (2009), The Crisis of 2008: Structural Lessons For and From Economics, Centre for *Economic Policy Research Policy Insight* No. 28, London, January 2009. (<http://www.cepr.org/pubs/PolicyInsights/PolicyInsight28.pdf> (09/04/10)).
- E. ATUKEREN, C. HENNING-SCHLAG und P. VOCCIA (2001), Eine Analyse der Auswirkungen des Investitionsprogramms 1997 des Bundes anhand des KOF/ETH-Makromodells, Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich, Februar 2001.
- R. BALDWIN und S. EVENETT (2008), *What World Leaders Must Do to Protect the Spread of Protectionism*, VoxEU, CEPR, London. (<http://www.voxeu.org/reports/protectionism.pdf> (52/07/09)).
- R. BALDWIN und S. EVENETT (eds.) (2009), The collapse of global trade, murky protectionism, and the crisis: Recommendations for the G20, CEPR, London 2009. (<http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3199> (09/04/10)).
- B. BERNANKE (2004), The Great Moderation, Vortrag vor der Eastern Economic Association, Washington, 20. Februar 2004. (<http://www.federalreserve.gov/Boarddocs/Speeches/2004/20040220/default.htm> (05/01/10)).
- O. BLANCHARD und J. SIMON (2001), The Long and Large Decline in U.S. Output Volatility, *Brookings Papers on Economic Activity* 1/2001, S. 135 – 164.
- J.M. BUCHANAN und R.E. WAGNER (1977), *Democracy in Deficit: The Political Legacy of Lord Keynes*, Academic Press, New York 1977.
- J.M. BUCHANAN und R.E. WAGNER (1978), The Political Biases of Keynesian Economics, in: J.M. BUCHANAN und R.E. WAGNER (eds.), *Fiscal Responsibility in Constitutional Democracy*, Martinus Nijhoff, Leiden/Boston 1978, S. 79 – 100.
- W.H. BUITER (1980), The Macroeconomics of Dr. Pangloss, A Critical Survey of the New Classical Macroeconomics, *Economic Journal* 90 (1980), S. 34 – 50.
- W.H. BUITER (2009), The Limits of Fiscal Stimulus, CEPR Discussion Paper Nr. 7607, London, Dezember 2009.
- BUNDESRAT (2009), *Wirtschaftslage in der Schweiz und Stabilisierungsmassnahmen*, Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 08.3764 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats vom 24. November 2008, Bern, Mai 2009.
- BUNDESRAT (2009a), *Botschaft über die 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen: Nachtrag Ia zum Voranschlag 2009 und weitere Massnahmen*, Bern, 11. Februar 2009.
- G. COENEN et al. (2010), Effects of Fiscal Stimulus in Structural Models, IMF Working Paper Nr. 10/73, Washington D.C., März 2010.
- R.D. CONGLETON (2009), On the Political Economy of the Financial Crisis and Bailout of 2008–2009, *Public Choice* 140 (2009), S. 287 – 317.
- M. DOLLS, C. FUEST und A. PEICHL (2009), Automatic Stabilizers and Economic Crisis, IZA Discussion Paper Nr. 4310, Bonn, Juli 2009.
- B. EICHENGREEN (2008), Origins and Responses to the Crisis, mimeo, University of California, Berkeley, Oktober 2008. (http://emlab.berkeley.edu/users/webfac/eichengreen/e183_sp07/origins_responses.pdf (21/06/09)).
- D.W. ELMENDORF und J. FURMAN (2008), If, When, How: A Primer on Fiscal Stimulus, The Hamilton Project, Strategy Paper, Januar 2008. (http://www.brookings.edu/papers/2008/0110_fiscal_stimulus_elmendorf_furman.aspx (09/04/10)).
- L.P. FELD und G. KIRCHGÄSSNER (2008), On the Effectiveness of Debt Brakes: The Swiss Experience, in: J.-E. STURM und R. NECK (eds.), *Sustainability of Public Debt*, MIT Press, Cambridge (Mass.) 2008, S. 223 – 255.

- A. FRICK, M. GRAFF, J. HARTWIG und B. SILVERSTOVS (2010), Discretionary Fiscal Policy: The case of Switzerland, KOF Working Paper Nr. 253, Zürich, Februar 2010.
- D. FRIEDMAN (1996), Anarchy and Efficient Law, in: J. SANDERS und J. NARVESON (eds.), *For and Against the State*, Rowman and Littlefield, Lanham 1996, S. 235 – 254.
(http://www.daviddfriedman.com/Academic/Anarchy_and_Eff_Law/Anarchy_and_Eff_Law.html (20/05/09).)
- J. GALÍ und L. GAMBETTA (2009), On the Sources of the Great Moderation, *American Economic Journal; Macroeconomics* 1 (2009), S. 26 – 57.
- R.J. GORDON (2009), Is Modern Macro or 1978-era Macro More Relevant to the Understanding of the Current Economic Crisis?, mimeo, Northwestern University, Department of Economics, September 12, 2009.
- F. GRÖTEKE und K. MAUSE (2009), Die deutsche “Schuldenbremse”: Ein wirksames Instrument zur Vermeidung eines Bailout?, *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 58, S. 339 – 353.
- H.-H. HOPPE (2001), *Democracy, the God that Failed: The Economics and Politics of Monarchy, Democracy and Natural Order*, Transaction Publishers, New Brunswick (NJ), 2001.
- TH.J. JORDAN (2009), Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank in stürmischen Zeiten, *Die Volkswirtschaft* 82 7/8-2009, S. 23 – 26.
- TH. J. JORDAN, M. PEYTRIGNET und E. ROSSI (2010), Ten Years’ Experience with the Swiss National Bank’s Monetary Policy Strategy, erscheint in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 146 (2010).
- G. KIRCHGÄSSNER (2009), Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10 (2009), S. 436 – 468.
- G. KIRCHGÄSSNER (2009a), Die verschwundene Popularitätsfunktion: Sind Arbeitslosigkeit und Inflation für das Wählerverhalten der Deutschen noch von Bedeutung?, in: O.W. GABRIEL, B. WESSELS und J.W. FALTER (eds.), *Wähler und Wahlen: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, S. 380 – 398.
- KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2007), 75 Jahre KfK: Ein umfassender Rückblick auf die Konjunkturentwicklung und -politik der Schweiz (Jahresbericht 2007), 386. Mitteilung, Bern, 21. September 2007. (Beilage zur Zeitschrift *Die Volkswirtschaft* 80 (2007).)
- E. MAYER und N. STÄHLER (2009), The Debt Brake: Business Cycle and Welfare Consequences of Germany’s New Fiscal Policy Rule, Deutsche Bundesbank, Diskussionspapier Serie 1, Nr. 24/2009.
- R.A. MUSGRAVE, P.B. MUSGRAVE und L. KULLMER (1987), *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, Band 3*, Mohr (Siebeck), Tübingen, 3. Auflage 1987.
- OECD (2009), The Effectiveness and Scope of Fiscal Stimulus, in: *OECD Economic Outlook, Interim Report*, März 2009, S. 105 – 150. (<http://www.oecd.org/dataoecd/3/62/42421337.pdf> (09/04/10).)
- OECD (2009a), Switzerland, *OECD Economic Surveys* 2009/20, Dezember 2009, Supplement Nr. 2. (http://www.oecdilibrary.org/oecd/content/book/eco_surveys-che-2009-en (09/04/10)).
- A. SHLEIFER (1998), State Versus Private Ownership, *Journal of Economic Perspectives* 12/4 (1998), S. 133 – 150.
- H.-W. SINN (1997), The Selection Principle and the Market Failure in Systems Competition, *Journal of Public Economics* 66 (1997), S. 247 – 274.
- H.-W. SINN (2002), Der neue Systemwettbewerb, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 3 (2002), S. 391 – 407.
- H.-W. SINN (2009), *Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Econ, Berlin, 2. Auflage 2009.

- A. SPILIMBERGO, S. SYMANSKY, O. BLANCHARD und C. COTTARELLI (2008), Fiscal Policy for the Crisis, IMF Staff Position Note SPN/08/01, Washington D.C. December 2008.
- STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (2001), Investitionsprogramm 1997: Schlussbericht, Bern, Juni 2001.
- J.E. STIGLITZ (2010), The Dangers of Deficit Reduction, *The Economists' Voice* 7/1, März 2010.
(<http://www.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=1741&context=ev> (09/04/10).)
- M. TESFAELASSIE (2009), Looking Forward: Exiting Unconventional Monetary Policy, in: H. KLODT und H. LEHMENT (eds.), *The Crisis and Beyond*, Kiel Institute for the World Economy, Kiel 2009.
<http://economia-publica.uab.es/materials/the-crisis-and-beyond2009.pdf>
- M. WICKENS (2009), What's Wrong with Modern Macroeconomics?: Why Its Critics Have Missed the Point, Paper presented at the CESifo Economic Studies Conference "What's Wrong with Modern Macroeconomics?", München, 6./7. November 2009.
- M. WOODFORD (2009), Convergence in Macroeconomics: Elements of the New Synthesis, *American Economic Journal; Macroeconomics* 1 (2009), S. 267 – 279.
- B. ZÜRCHER (2010), Too Big To Fail und die Wiederherstellung der Marktordnung, Avenir Suisse, Diskussionspapier, März 2010.